

Motion über die Einreichung einer Kantonsinitiative betreffend Zugang zu Lehrstellen für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus

eröffnet am 3. November 2009

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Luzern bei den eidgenössischen Räten folgende Kantonsinitiative einzureichen: «Gestützt auf den Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Luzern der Bundesversammlung folgende Initiative: Die Bundesversammlung wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne geregelten Aufenthalt (Sans-Papiers, Asylsuchende mit Nichteintretensentscheid, abgewiesene Asylsuchende) eine Lehrstelle antreten können.»

Begründung:

Mehrere tausend Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leben ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Schweiz. Es sind dies:

- Kinder von Sans-Papiers,
- Kinder von Eltern mit legalem Aufenthaltsstatus, denen der Familiennachzug verweigert wurde,
- Kinder von Asylsuchenden mit Nichteintretensentscheid,
- Kinder von abgelehnten Asylsuchenden.

Die Volksschule bildet seit Jahren auch Kinder ohne geregelten Aufenthaltsstatus aus, weil die Bundesverfassung und die Kinderrechtskonvention das Recht auf Bildung garantieren. Nach Ende der Schulpflicht werden sie dann aber so behandelt, als gäbe es sie nicht mehr. Eine Lehrstelle dürfen sie von Gesetzes wegen nicht antreten, weil die Lehrbetriebe keine Arbeitsbewilligung erhalten.

Die Situation dieser Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist sehr schwierig. Sie haben nicht selber gewählt, ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz zu leben. Oft leben sie viele Jahre lang in der Schweiz. Die Schweiz ist für sie ihr Zuhause geworden. Nach der Schule wird diesen Jugendlichen der Ausbildungsweg Lehre abgeschnitten. Anstatt eine Ausbildung zu machen, werden diese jungen Menschen zum Nichtstun oder zur Schwarzarbeit gezwungen. Es bedeutet zudem eine Ungleichbehandlung gegenüber den Jugendlichen ohne geregelten

Aufenthalt, die eine weiterführende Schule (z.B. Gymnasium) besuchen dürfen.
Aber auch volkswirtschaftlich gesehen macht es keinen Sinn, gute Bewerberinnen
bzw. Bewerber von Gesetzes wegen ablehnen zu müssen.

Suntharalingam Lathan

Lorenz Priska

Dettling Schwarz Trix

Zopfi-Gassner Felicitas

Mennel Kaeslin Jacqueline

Steinhauser Margrit

Frey Monique

Lötscher-Knüsel Trudi

Kiener Daniela

Mathis Oskar

Reusser Christina

Froelicher Nino

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Hofer Andreas

Meile Katharina

Greter Alain

Rebsamen Heidi

Töngi Michael